

2018.SR.000193

Motion Freie Fraktion AL/PdA/GaP (Tabea Rai, AL/Zora Schneider, PdA/Luzius Theiler, GaP): Aufsichtsrechtliche Anzeige des Polizeieinsatzes vom 01.09.2018/02.09.2018; Begründungsbericht

Der Stadtrat erklärte mit SRB 2023-179 vom 27. April 2023 folgende Motion im Sinne einer Richtlinie erheblich:

Als wir auf der Schützenmatte ankamen, wurden wir ZeugInnen einer absurden und gleichzeitig provozierenden Szenerie. Inmitten der Schützenmatte, umringt von tanzenden und friedlich plaudernden BesucherInnen, postierten gut 20 PolizistInnen in Vollmontur, bewaffnet mit Gummigeschossen. Auf die Frage, wieso sie hier seien, antwortete einer der Polizisten sehr unklar. Er wisse nicht genau, was vorgefallen sei, er habe die Durchsage nur halb verstanden und wäre auch lieber nicht hier. Auslöser muss ein Sanitätsnotfall gewesen sein, währenddessen es zu Auseinandersetzungen gekommen sei. Nachdem es während circa einer Stunde zu keinen (grösseren) Zwischenfällen kam, kam auf die Frage, wieso sie denn nun immer noch hier stünden (fernab jedweder De-eskalationsstrategie) keine Antwort mehr.

AugenzeugInnen bestätigten unabhängig voneinander, dass Anwesende die Polizei vor Mitternacht mündlich aufforderten, den Platz wieder zu verlassen. Nach dieser Aufforderung war die Kantonspolizei innert Minuten mit einem halben Dutzend Kastenwagen und mindestens 30 PolizistInnen vor Ort. Die Polizei schoss, nachdem sie (von einer Aussenperspektive vom NeustadtLab aus) circa eine Stunde auf die erste fliegende Flasche richtiggehend gewartet hatte, Gummigeschosse auf Kopfhöhe ab. «Die schossen auf alles, was sich irgendwie bewegte», sagte ein schockierter Augenzeuge. Die Polizei eskalierte die Situation mit physischer Gewalt und verletzte dutzende Menschen. Es kamen Gummigeschosse, Pfefferspray und Tränengas zum Einsatz. Betroffene mussten im Spital versorgt werden. Zudem verhaftete die Polizei mehrere BesucherInnen. Pikanterweise fiel BesucherInnen und MitarbeiterInnen von Reitschule und NeustadtLab deutlich vor Mitternacht auf, dass in der Hodlerstrasse mehrere Kastenwagen parkiert waren. Diese kommen normalerweise bei Grossveranstaltungen wie Demonstrationen zum Einsatz. Das legt den Verdacht nahe, dass die Polizei eine Intervention bei der Reitschule geplant hat und eine Eskalation provozieren wollte.

Der Gemeinderat wird mir vorliegender Motion aufgefordert:

Beim Regierungsrat eine aufsichtsrechtliche Anzeige nach Artikel 101 des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG; BSG 155.21) einzureichen, um eine kantonale Untersuchung zu erwirken.

Bern, 13. September 2018

Erstunterzeichnende: Tabea Rai, Zora Schneider, Luzius Theiler

Mitunterzeichnende: Angela Falk, Rahel Ruch, Mohamed Abdirahim, Ursina Anderegg, Katharina Gallizzi, Lea Bill

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat stellt einleitend fest, dass der fragliche Polizeieinsatz beinahe 7 Jahre her ist und es sich schwierig gestalten dürfte, das Ereignis oder einzelne Teile davon – unabhängig der Zuständigkeitsfrage – aufzuarbeiten.

In seiner ersten Antwort hat der damalige Gemeinderat am 20. März 2019 darauf hingewiesen, dass es bezüglich des umstrittenen Einsatzes sehr wohl Aussprachen auf verschiedenen Ebenen gab: Der Gemeinderat liess sich durch die Kantonspolizei über den Einsatz informieren. die damalige Aufsichtskommission des Stadtrats führte Anhörungen durch, der Gemeinderat tauschte sich schliesslich mit dem Regierungsrat zum Polizeieinsatz und der Situation auf der Schützenmatte aus.

Der Gemeinderat ist mit den Motionär*innen einig, dass die Kantonspolizei als Inhaberin des Gewaltmonopols sich und der Öffentlichkeit gegenüber jederzeit Rechenschaft über ihr Handeln und dessen Verhältnismässigkeit geben muss. Die Diskussion rund um diesen Einsatz zeigt, dass die demokratische Kontrolle in diesem Fall funktionierte und die Kantonspolizei für Befragungen nach dem Vorfall zur Verfügung stand. Aufgrund der Gewaltenteilung könnten weitergehende Massnahmen (Disziplinarrecht, Strafrecht) einzig durch formelle Verfahren auf Ebene des Kantons bzw. der Justiz herbeigeführt werden.

Was die Situation auf der Schützenmatte und dem Vorplatz der Reitschule betrifft, konnten in den letzten Jahren durch ein gezieltes Massnahmenbündel (regelmässige Gespräche, Präsenz durch einen Sicherheitsdienst, Belegung des Areals, bauliche und gestalterische Vorkehrungen, Einrichtung eines «Sicheren Rückzugsraum Schützenmatte», Drug-Checking) Verbesserungen der Sicherheitssituation erreicht werden. Zuletzt wurden die Stadtratsfraktionen auf Einladung der Stadtpräsidentin auch direkt an Austauschgesprächen mit der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule, der Kantonspolizei und der Stadtverwaltung Bern beteiligt.

Auslöser dieser kürzlich geführten Gespräche war eine von der Reitschule umgesetzte vorübergehende Schliessung der Reitschule zwischen dem 7. und 21. Januar 2025 aufgrund der angespannten Sicherheitssituation auf dem Vorplatz. Die Beteiligten konnten dabei Massnahmenvorschläge einbringen, die zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen im Umfeld der Schützenmatte beitragen könnten. Die Stadt Bern wird diese Vorschläge auswerten und in erster Linie in den bestehenden Austauschgefässen mit den jeweiligen Akteurinnen und Akteuren vertiefen. Der Gemeinderat verfolgt weiterhin das Ziel, zu einer divers genutzten, sicheren Schützenmatte beizutragen und damit optimale Voraussetzungen für einen erfolgreichen Betrieb der Reitschule zu schaffen.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Bern, 23. April 2025

Der Gemeinderat